

Ergänzende Pressestatements der Bündnispartner
BUND, Bundesverband Carsharing, Changing Cities, Deutsche Umwelthilfe, Fuss e.V.,
Greenpeace, Klima-Allianz, VCD, Verbund Service und Fahrrad VSF, Zweirad-Industrie-
Verband ZIV und Bundesverband Zukunft Fahrrad

Ergänzende Pressestatements

zur Bundespressekonferenz „Modernes Straßenverkehrsrecht für alle. Jetzt umsetzen!“

Antje von Broock, Geschäftsführerin beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND): „Die Klimaschutzziele im Verkehr lassen sich zukünftig nur mit deutlich weniger Autos und mehr Mobilität zu Fuß, per Fahrrad oder mit dem öffentlichen Bus- und Bahnverkehr einhalten. Die Mobilitätswende macht eine Neuausrichtung des Straßenverkehrsgesetzes zwingend erforderlich: es muss Gemeinwohl, Verkehrssicherheit, Aufenthaltsqualität und Klimaschutz sowie eine gesunde nachhaltige Stadtentwicklung gleichermaßen ins Zentrum rücken. Diese Neuausrichtung hin zu einer klima- und umweltfreundlichen Mobilität kann schnell umgesetzt werden und spart mittel- und langfristig Kosten ein. Die Bundesregierung muss jetzt aktiv werden, zum Schutz der Menschen und der Umwelt. Bundesverkehrsminister Wissing muss endlich Mobilität gesamtgesellschaftlich denken und eine echte Wahlfreiheit bei den Verkehrsmitteln ermöglichen.“

Gunnar Nehrke, Geschäftsführer Bundesverband Carsharing (bcs): „Der Bundesverband CarSharing e.V. hält es für dringend geboten, das heutige autozentrierte Straßenverkehrsrecht neu auszurichten. Wir brauchen die gesetzlichen Grundlagen, damit Fahrrad, Bus und Bahn sowie weitere öffentlich zugängliche und geteilte Mobilitätsdienstleistungen das Auto als dominierendes Verkehrsmittel ablösen können. Im klimaneutralen Mobilitätssystem der Zukunft stellt CarSharing den Bürger*innen Pkw-Mobilität für jene (wenigen) Wege zur Verfügung, für die effizientere Alternativen nicht geeignet sind. Deswegen muss ein reformiertes Straßenverkehrsrecht auch den Ausbau einer möglichst flächendeckenden CarSharing-Infrastruktur ermöglichen.“

Ragnild Sørensen, Pressesprecherin Changing Cities: „Ein Weiter-So im Verkehrssektor ist eine klare Entscheidung für einen Kollaps auf den Straßen und für eine Beschleunigung der Klimakrise. Die Bundesregierung muss mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln diese katastrophale Entwicklung bremsen. Eine Novellierung des Straßenverkehrsgesetzes ist dabei ein wichtiger Hebel. Und zwar noch in diesem Jahr, denn die Zeit rennt uns davon. Noch können wir unsere Zukunft gestalten und nicht nur Schäden minimieren.“

Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe: „Für eine zukunftstaugliche Mobilitätsplanung muss jede Stadtverwaltung das Recht haben, geschützte Radwege und Busspuren einzurichten, Zebrastreifen zu markieren und die Höchstgeschwindigkeit zu reduzieren, bevor es zu schwerwiegenden Unfällen kommt. Das gelingt, wenn Klima- und Umweltschutz, Gesundheitsvorsorge und eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung als Ziele im Straßenverkehrsgesetz stehen. Die Reform des Straßenverkehrsrechts ist eine der wenigen Maßnahmen im Koalitionsvertrag, die überhaupt geeignet sind, die Mobilität der Menschen zu verbessern und zeitgleich den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Dass Minister Wissing nach mehr als

einem halben Jahr im Amt noch keinen Gesetzesentwurf vorgelegt hat, ist ein Skandal, der jetzt im Klimaschutz-Sofortprogramm behoben werden muss.“

Roland Stimpel, Vorstand FUSS e.V.: „Straße ist mehr als schneller, motorisierter Fahrverkehr! Sie ist Lebensraum für Städte und Dörfer. Sie ist der öffentliche Ort, der allen gehört und an dem sich alle begegnen. Sie wird für vieles gebraucht: für Kinderspiel und Ruheplätze, für Grün und Hitze-Ausgleichsflächen. Und die Fahrbahn ist mehr als Tempobahn für Motorfahrzeuge. Menschen ohne Schutzhülle müssen sie immer wieder benutzen – auf dem Fahrrad für ganze Strecken, zu Fuß mindestens alle paar hundert Meter beim Kreuzen und Queren. Aus all diesen Gründen darf das Straßenrecht nicht mehr einseitig schnellen Fahrverkehr bevorzugen. Sondern es muss dazu dienen, den Bedarf und die Interessen aller auf der Straße zu integrieren.“

Tobias Austrup, Greenpeace-Verkehrsexperte: „Immer mehr deutsche Städte erkennen, dass der Verkehr in Zukunft völlig anders aussehen muss. Im Mittelpunkt steht dabei eine Neuverteilung des öffentlichen Raums. Die jahrelange Dominanz des Autos hat zu den heutigen Problemen geführt, jetzt wollen die Städte dafür sorgen, dass auch Radfahrende und Fußgänger sicher und komfortabel unterwegs sind. Doch im Korsett der jetzigen Straßenverkehrsordnung sind den Kommunen oftmals die Hände gebunden. Mit einer klugen Reform des Rechtsrahmens bekommen die Kommunen endlich die nötige Handlungsfreiheit, um die Verkehrswende vor Ort umzusetzen. Damit gewinnt nicht nur der Klimaschutz, sondern auch die Lebensqualität in deutschen Städten.“

Stefanie Langkamp, Leiterin für Klima- und Energiepolitik, Klima-Allianz Deutschland: „Viele Bürgermeister wollen die Mobilität in ihren Gemeinden klimafreundlich und sicher machen. Dies erhöht für alle die Lebensqualität und hat mit Blick auf die Klimakrise höchste Priorität. Deswegen braucht es endlich den nötigen Handlungsspielraum für die Gestalter vor Ort. Wir erwarten von Verkehrsminister Wissing eine entsprechende Reform des Straßenverkehrsrechts im Klima-Sofortprogramm, die dann bis Jahresende umgesetzt wird.“

Michael Müller-Görnert, verkehrspolitischer Sprecher des Verkehrsclubs Deutschland VCD: „Wenn die Verkehrswende gelingen soll, müssen wir unser Verkehrssystem weiterentwickeln und zeitgemäß umbauen. Dafür müssen wir jetzt das Straßenverkehrsrecht reformieren. Die Reform des Straßenverkehrsgesetzes, wie es unser Bündnis vorschlägt, ist dafür unabdingbar. Langfristig brauchen wir einen übergeordneten Rahmen, der allen Verkehrsgesetzen die Richtung weist. Ziel ist es, Planung, Entwicklung und Finanzierung von Verkehr und Mobilität an Nachhaltigkeit auszurichten – auf allen staatlichen Ebenen. Wir müssen Auto und Rad, Bahn und Bus gemeinsam denken und als gleichberechtigte Elemente des Verkehrs in den Blick nehmen. Nur so sind Mobilität und Klimaschutz auf Dauer miteinander vereinbar.“

Uwe Wöll, Geschäftsführer Verbund Service und Fahrrad e.V.: „Ein modernes Straßenverkehrsrecht, das allen Verkehrsteilnehmenden angemessen Raum und Schutz verspricht, ist absolut überfällig. Klima- und Verkehrswende erlauben keinen Aufschub - die aktuelle Energiekrise macht das nochmal mehr als deutlich. Wir nehmen den Koalitionsvertrag also beim Wort und fordern ein neues Straßenverkehrsgesetz unter Berücksichtigung von Klima-, Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung.“

Burkhard Stork, Geschäftsführer des Zweirad-Industrie-Verbandes: „Der ZIV unterstützt die Forderungen des Bündnisses, weil zum Erreichen der Verkehrswende schnell ein zeitgemäßer rechtlicher Rahmen geschaffen werden muss, der den Kommunen mehr Gestaltungsspielräume beispielsweise bei der Anordnung von Radinfrastrukturen oder Geschwindigkeitsbegrenzungen gibt, und der endlich eine rechtliche Gleichstellung der aktiven Mobilität mit anderen Verkehrsträgern schafft. Die Menschen in Deutschland wollen eine zukunftsfähige Mobilität, sie wollen sicher Radfahren können und sie wollen – zurecht – lückenlose Radnetze. Dafür brauchen wir ein Straßenverkehrsgesetz, das den Fokus auf die Menschen und auf den Umweltverbund legt und der Autozentriertheit ein Ende setzt.“

Wasilis von Rauch, Geschäftsführer Bundesverband Zukunft Fahrrad: „Wir brauchen dringend ein Straßenverkehrsgesetz, das Menschen Wahlfreiheit gibt und Kommunen Gestaltungsoptionen eröffnet. Die einseitige Fokussierung auf den Kfz-Verkehr, besonders bei der Platzverteilung, ist nicht mehr zeitgemäß. Klimafreundliche und flexible Verkehrsmittel wie das Fahrrad können ihr Potenzial nicht entfalten, lückenlose Radwegenetze sind nicht umsetzbar. Deutsche Städte versinken so in Stau und Asphalt. International setzt keine moderne Stadt mehr einseitig auf das Auto, stattdessen werden ÖPNV und aktive Mobilität per Rad und zu Fuß gestärkt. Damit deutsche Städte den Anschluss nicht verlieren, müssen Kriterien wie Klima-, Umwelt-, Gesundheitsschutz und nachhaltige städtebauliche Entwicklung Leitziele werden.“

Hinweis an Redaktionen: Alle Pressematerialien zur heutigen Bundespressekonferenz finden Sie auf www.adfc.de/presse/pressemitteilungen.